



VORWEG GEHEN  
BME

UNIVERSITÄT LEIPZIG



# ENERGIEWELT OST 2013

## Eine wissenschaftliche Studie



# Liebe Leser,



Prof. Dr. Thomas Lenk



Dr. Oliver Rottmann



Dipl.-Kffr. Romy Albrecht



Dipl.-Geogr./Dipl.-Ing. André Grüttner

nach den Worten von Bundesumweltminister Altmaier könnten die finanziellen Belastungen der Energiewende bis 2030 deutlich über den bisher veranschlagten Kosten liegen. Wenngleich diese Feststellung mehr als „Mahnung“ für eine gemeinsame, koordinierte Anstrengung zum Gelingen der Energiewende verstanden werden sollte, so zeigt sich doch, dass die Kosten der Energiewende auch für die Akzeptanz der Bevölkerung von großer Bedeutung sind. Nicht ohne Grund wird aktuell eine sogenannte „Strompreisbremse“ diskutiert, um die Aufwendungen der Energiewende zu begrenzen bzw. die Verbraucher zu entlasten. Netzausbau, Versorgungssicherheit oder Kostengerechtigkeit sind folglich Themen von zentraler Relevanz.

Dem Kostenaspekt widmet daher auch die vorliegende Studie „Energiewelt Ost 2013“ einen Schwerpunkt. Besonders aufgrund der weiterhin vorhandenen wirtschaftlich-ökonomischen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern und folglich einer differenzierten Betroffenheit von den Wirkungen der Energiewende sind entsprechende regionalspezifische Untersuchungen angebracht.

Um ein realitätsnahes Bild zeichnen und erste Vergleiche ziehen zu können, wurden wiederum die wichtigsten Verbraucher des Energiemarktes – Haushalte, Kommunen und Unternehmen der energieintensiven Industrie – zu ihren Einstellungen, Erwartungen und Anpassungsstrategien im Rahmen der Energiewende befragt. Somit konnte vertieft auf Ergebnisse der vorangegangenen Studie „Energiewelt Ost“ eingegangen werden.

Die vorliegende repräsentative Studie liefert ein umfassendes Bild zur aktuellen Beurteilung der Energiewende durch die verschiedenen Akteure und speziell zu deren Betroffenheit und Anpassung an die Kosten der Energiewende. Zugleich sind erste Aussagen zu veränderten Meinungsbildern möglich, welche im Rahmen der folgenden Studien zu Trendaussagen verdichtet werden.

Wir freuen uns, diese Praxisstudie mit enviaM als dem führenden regionalen Energiedienstleister der neuen Bundesländer durchgeführt zu haben und wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Prof. Dr. Thomas Lenk

Dr. Oliver Rottmann

Dipl.-Kffr. Romy Albrecht

Dipl.-Geogr./Dipl.-Ing. André Grüttner

# Liebe Leser,



Carl-Ernst Giesting

ein weiteres Jahr im Zeichen der Energiewende in Deutschland liegt hinter uns. Das Thema beherrscht nach wie vor die politische und mediale Diskussion. Fragen zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit konventioneller Energieerzeugung, zum Netzausbau sowie zur Versorgungssicherheit stehen im Mittelpunkt. Mehr und mehr konzentriert sich die Auseinandersetzung aber auch darauf, dass Energie für Haushalte und Industrie langfristig bezahlbar bleibt. Auf diese Fragen gilt es Antworten zu finden. Hier liegt noch eine ganze Menge Arbeit vor uns.

Ostdeutschland ist ein Frühwarnsystem für die Energiewende. Hier werden Entwicklungen vorweg genommen, die im gesamten Bundesgebiet erst in 10 bis 20 Jahren eintreten. Im Netzgebiet der **envia** Mitteldeutsche Energie AG (enviaM) lag beispielsweise der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Endverbraucherabsatz 2012 bei 60 %. Dies ist eine Steigerung um 11 % zum Vorjahr. Und der Trend setzt sich fort.

Die enviaM-Gruppe wird als führender regionaler Energiedienstleister in Ostdeutschland die Energieversorgung der Zukunft aktiv mitgestalten, denn wir sind Teil dieser Entwicklung. Allerdings kommt es darauf an, dass wir alle an einem Strang ziehen. Auch Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbraucher sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Die Energiewende ist ein Gemeinschaftswerk.

Mit der vorliegenden Untersuchung knüpfen wir an die erste Ausgabe der Studie „Energiewelt Ost“ von 2012 an. Diese haben wir erneut gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum für öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig durchgeführt. Wie bereits im vergangenen Jahr wurden ostdeutsche Haushalte, Kommunen und Unternehmen zur Energiewende befragt. Die Ergebnisse der Studie zeigen, ob und wie sich die Einstellungen der Menschen in den neuen Bundesländern seitdem verändert haben.

Ich freue mich sehr, Ihnen die zweite Ausgabe der Studie „Energiewelt Ost 2013“ zu präsentieren und wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr Carl-Ernst Giesting  
enviaM Vorstandsvorsitzender

UNIVERSITÄT LEIPZIG



Das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V. an der Universität Leipzig ist ein interdisziplinäres Zentrum, das sich im Rahmen einer praxisorientierten Forschung mit Fragestellungen der öffentlichen Wirtschaftsbereiche – auch an der Schnittstelle zur Privatwirtschaft – beschäftigt. Themenschwerpunkte bilden neben den öffentlichen Finanzen vor allem die Bereiche der Daseinsvorsorge (beispielsweise Energie- und Wasserversorgung). Zum Wintersemester 2013/14 ist geplant, mit dem Kompetenzzentrum als Träger an der Universität Leipzig den Masterstudiengang „Public Service Management“ zu eröffnen. Damit wird erstmals im Kontext der europäischen Politik sowie des europäischen und nationalen Rechtsrahmens eine lösungsorientierte, wissenschaftlich fundierte, interdisziplinäre akademische Ausbildung auf universitärem Niveau angeboten.

Das Zentrum wurde 2009 gegründet und beinhaltet 13 Professuren aus Ökonomie, Jurisprudenz, Politikwissenschaft, Infrastruktur, Stadtentwicklung und Pädagogik.



VORWEG GEHEN

Die enviaM-Gruppe ist der führende regionale Energiedienstleister bei Strom und Gas in Ostdeutschland. Zum Unternehmensverbund gehören neben der **envia** Mitteldeutsche Energie AG (enviaM), Chemnitz, weitere Gesellschaften, an denen enviaM mehrheitlich beteiligt ist. Insgesamt hält enviaM Beteiligungen an 54 Gesellschaften. Anteilseigner der enviaM sind die RWE AG mit 58,57 Prozent und mehr als 650 ostdeutsche Kommunen mit 41,43 Prozent.

Die enviaM-Gruppe versorgt rund 1,5 Millionen Kunden mit Strom, Gas, Wärme, Wasser und energienahen Dienstleistungen. Einer Studie des Forschungs- und Beratungsinstituts CONOSCOPE GmbH, Leipzig, zufolge sichert der Unternehmensverbund mehr als 1,7 Milliarden Euro Wertschöpfung, rund 17.300 Arbeitsplätze und mehr als 900 Millionen Euro Steueraufkommen in der Region. Jeder Euro, den die enviaM-Gruppe als Wertschöpfung ausweist, bewirkt fast zwei weitere Euro Wertschöpfung. Jeder Arbeitsplatz des Unternehmensverbundes sichert oder schafft annähernd drei weitere Arbeitsplätze.

# Inhalt

<b>1.</b>	<b>Studiendesign und Methodik</b>	<b>7</b>
<b>2.</b>	<b>Ergebnisse</b>	<b>8</b>
2.1	„Soll die Energiewende weiterhin auf hohe Akzeptanz stoßen, muss sie für alle berechenbar und bezahlbar bleiben.“	8
2.2	Haushalte: „Energiewende ja – aber es darf nicht mehr teurer werden.“	17
2.3	Kommunen: „Energiewende ja, wenn sie bezahlbar bleibt. Aber wir müssen auch selber aktiv werden.“	22
2.4	Unternehmen: „Energiewende nicht um jeden Preis – notfalls werden wir energieautark.“	27
<b>3.</b>	<b>Fazit</b>	<b>33</b>

# 1. Studiendesign und Methodik

Während im Rahmen der vorangegangenen Studie „Energiewelt Ost“ die Diskussion noch verstärkt vom Atomausstieg und dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien geprägt war, rückten im Jahr 2012 Fragen des Netzausbaus und damit verbunden der Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt der Debatte. Zudem stehen Fragen zu den Kosten der Energiewende verstärkt im Fokus der öffentlichen Diskussion.

Die vorliegende Studie knüpft an die Studie „Energiewelt Ost“ von 2012 an und führt diese inhaltlich fort. Im Sinne einer Längsschnittstudie wurde ein Großteil der Fragestellungen der vorangegangenen Studie übernommen, aber auch Inhalte aus aktuellen Themen der Energiewende, insbesondere der Kosten, aufgegriffen, um neue Standpunkte abzufragen.

Um eine umfängliche Erhebung im ostdeutschen Energiemarkt zu erhalten, wurden die in diesem Kontext wichtigsten Akteure befragt: Haushalte, Kommunen und Unternehmen der energieintensiven Industrien. Die Befragungen wurden zwischen Januar und Februar 2013 durchgeführt.

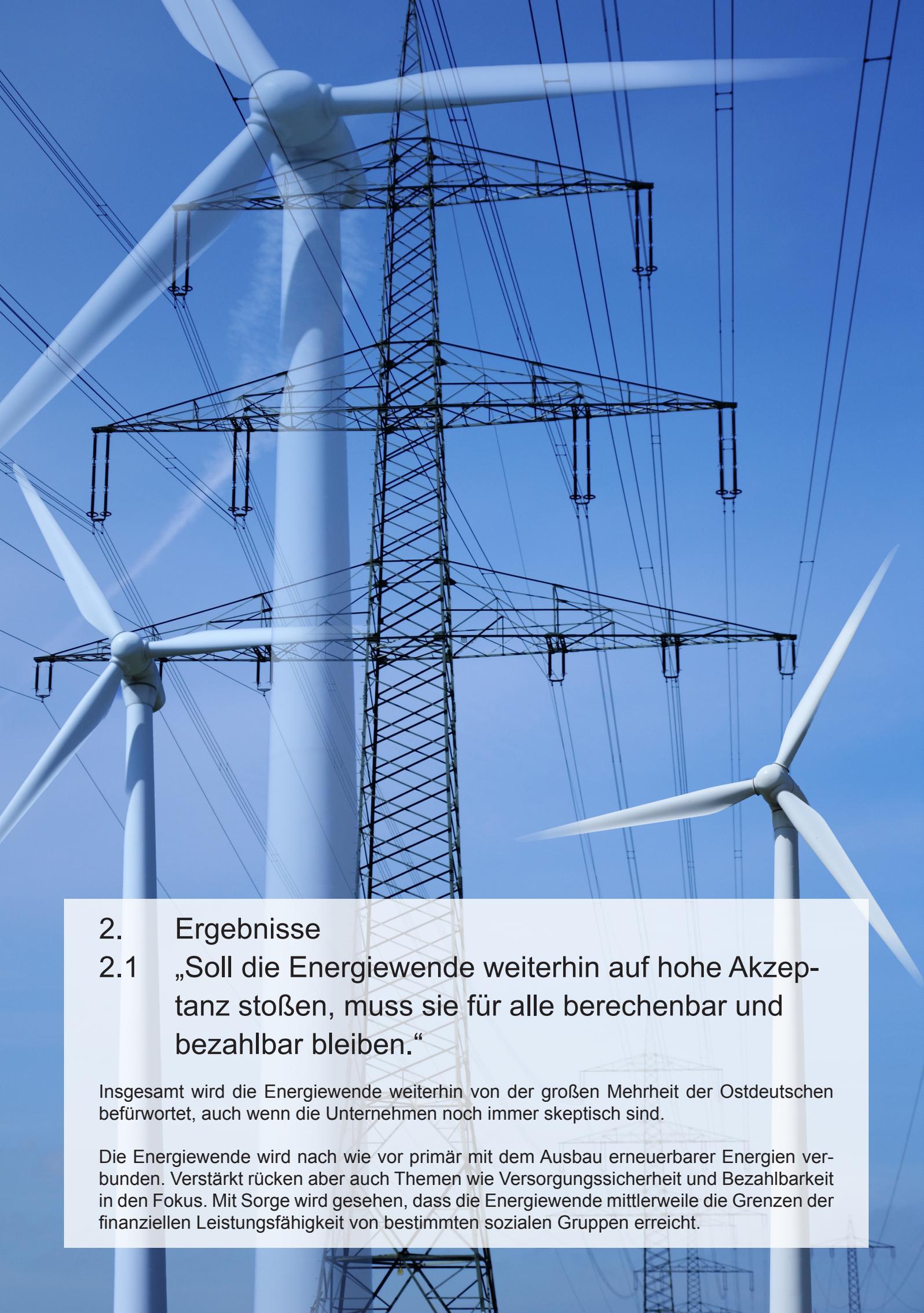
Das Meinungsbild der erwachsenen Personen in ostdeutschen Privathaushalten wurde im Rahmen einer CATI<sup>1</sup>-Befragung mittels eines standardisierten Fragebogens untersucht. Diese Telefonbefragung der Haushalte wurde durch die CONOSCOPE GmbH Leipzig durchgeführt. Die Stichprobengröße umfasste 1.650 Haushalte und gilt als statistisch gesichert. Innerhalb der Stichprobe erfolgte eine Quoten Auswahl nach folgenden Kriterien: Bundesland (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin gesondert),

Raumtyp innerhalb des Bundeslandes (städtischer Raum und ländlicher Raum) sowie Alter (18-39 Jahre, 40-59 Jahre sowie 60 Jahre und älter).

Weiterhin wurden alle ostdeutschen Kommunen mit mindestens 3.000 Einwohnern mittels eines standardisierten Fragebogens befragt. An der Studie beteiligten sich 194 der 674 befragten Städte und Gemeinden, die Beteiligung konnte gegenüber der letzten Studie gesteigert werden. Der Rücklauf lag damit bei 29 % (im Vorjahr leicht über 18 %). Nach Einwohnergröße haben in erster Linie erneut kleinere und mittlere Städte und Gemeinden zwischen 5.000 und 50.000 Einwohnern an der Befragung teilgenommen. Der Rücklauf spiegelt somit die Struktur der ostdeutschen Kommunen wider, die von kleineren und mittleren Städten und Gemeinden geprägt ist.

Ebenfalls mittels eines standardisierten Fragebogens wurden Unternehmen der energieintensiven Industrien befragt. Auf Grundlage der Definition des Statistischen Bundesamtes für energieintensive Industrien und vor dem Hintergrund der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur wurden Unternehmen aus folgenden Wirtschaftszweigen einbezogen: Baustoffe, Papier, Glas, Chemie, Stahl, Nichteisen- oder Buntmetalle, Lebensmittel und Automobile/Zulieferer. Es beteiligten sich 30 der 135 befragten Unternehmen, was einem Rücklauf von 22 % und damit einer repräsentativen Befragung entspricht. Auch hier erhöhte sich die Beteiligung gegenüber dem Vorjahr. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen nahmen an der Befragung teil: Es antworteten überwiegend Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern (ca. 37 %) sowie zwischen 100 und 250 Mitarbeitern (30 %). Auch nach Umsatzerlösen klassifiziert wird diese Struktur deutlich.

<sup>1</sup> Computer Assisted Telephone Interview



## 2. Ergebnisse

### 2.1 „Soll die Energiewende weiterhin auf hohe Akzeptanz stoßen, muss sie für alle berechenbar und bezahlbar bleiben.“

Insgesamt wird die Energiewende weiterhin von der großen Mehrheit der Ostdeutschen befürwortet, auch wenn die Unternehmen noch immer skeptisch sind.

Die Energiewende wird nach wie vor primär mit dem Ausbau erneuerbarer Energien verbunden. Verstärkt rücken aber auch Themen wie Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in den Fokus. Mit Sorge wird gesehen, dass die Energiewende mittlerweile die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit von bestimmten sozialen Gruppen erreicht.

Bei der zentralen Frage nach der Akzeptanz der Energiewende ergibt sich ein analoges Bild zur ersten Studie „Energiewelt Ost“. Während Haushalte und Kommunen die Maßnahmen der Energiewende im Großen und Ganzen befürworten (76 % sowie 71 %), stehen die Unternehmen dem verhaltenener gegenüber (47 % Zustimmung); Abbildung 1).

Dennoch steigt die Befürwortung der Energiewende im Vergleich zu 2012 insgesamt. Geschuldet ist dies vor allem dem trotz deutlicher Skepsis starken Akzeptanzzuwachs seitens der Unternehmen, bei gleichzeitig leicht rückläufiger Akzeptanz bei den Haushalten.

#### Befürworten Sie die Energiewende und damit zusammenhängende Maßnahmen?

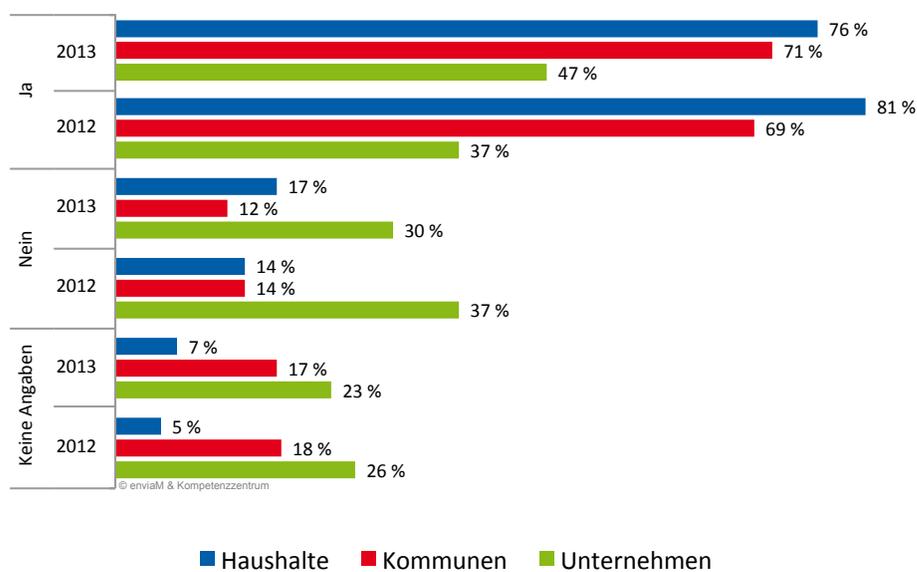


Abbildung 1: Akzeptanz der Energiewende

Damit das Großprojekt „Energiewende“ gelingt, sind nach Auffassung der befragten Akteure verschiedene Maßnahmen essentiell notwendig. So argumentieren alle drei Befragungsgruppen, dass die Stromnetze weiter ausgebaut werden müssen, um den Stromtransport von den Erzeugungs- in die Verbrauchsgebiete zu gewährleisten. Ebenfalls sind alle Gruppen der Meinung, dass die einzelnen politischen Konzepte stärker miteinander abgestimmt

werden müssen. Häufig abweichend von anderen Gruppen argumentieren die befragten Unternehmen: Sie sind eher nicht der Auffassung, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Energiewende erhöht werden oder ein stärkerer Ausbau erneuerbarer Energien erfolgen sollte. Vielmehr vertreten die Unternehmen deutlich stärker die Meinung (63 %), dass es neuer Gas- und Kohlekraftwerke bedarf (Abbildung 2).

**Für das Gelingen der Energiewende notwendige Faktoren**

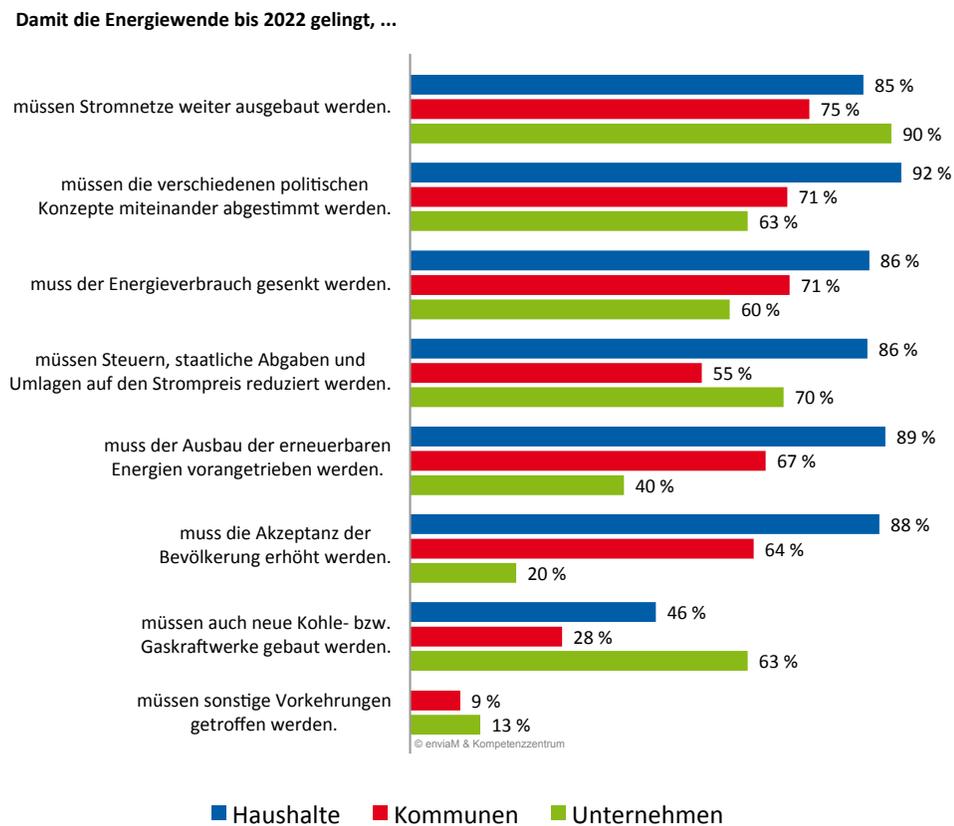


Abbildung 2: Für das Gelingen der Energiewende notwendige Faktoren  
Mehrfachnennung möglich.

Die wesentliche Assoziation mit der Energiewende ist der Ausbau erneuerbarer Energien. Besonders Kommunen verbinden dies (fast 90 %). Auch bei gut einem Drittel der Unternehmen werden erneuerbare Energien mit der Energiewende in einen Kontext gestellt, wengleich hier der Preisanstieg und die Abschaltung von Atomkraftwerken stärker assoziiert werden. Die Bürger verbinden den Ausbau erneuerbarer Energien (47 % der Nennungen) ebenfalls mit der Energiewende, wengleich in deutlich geringerem Umfang als Kommunen und Unternehmen (Abbildung 3). Bei ihnen wird fast gleichwertig zum Ausbau der erneuerbaren Energien ein Preisanstieg in Verbindung gebracht. Besonders ist bei den Haushalten die hohe Nennung sonstiger Folgen. Hier überwiegen eher negative Aspekte wie

„Abzocke“, „unfähige/uneinige Politik“ oder „Wut/Ärger/Stress“ im Rahmen der Energiewende. Neu ist, dass nun auch vorrangig ein Preisanstieg mit der Energiewende verbunden wird, besonders deutlich zeigt sich diese Veränderung zum Vorjahr bei den Haushalten (2012: 11 %, 2013: 43 %). Ferner sind insbesondere die befragten Unternehmen der Meinung, dass im Rahmen der Energiewende Konzeptlosigkeit herrscht, die letztlich auch mit sinkender Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes einhergeht. Schließlich sticht hervor, dass Energiesparen und Klimaschutz relativ schwach bzw. vor allem von den Kommunen mit der Energiewende verbunden werden, wobei hier zur Vorjahresstudie immerhin ein – wenn auch schwacher – Anstieg zu verzeichnen ist.

### Wenn Sie das Wort Energiewende hören, woran denken Sie dann?

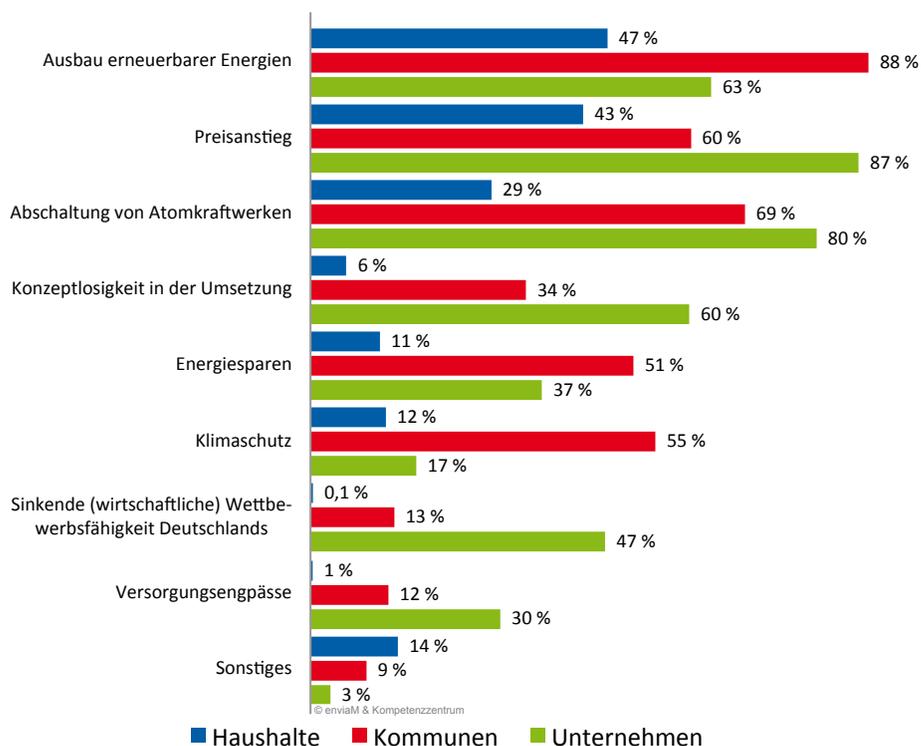


Abbildung 3: Assoziationen mit dem Begriff Energiewende  
Mehrfachnennungen möglich.

Bei der Umsetzung der Energiewende stellen für alle befragten Gruppen die Bezahlbarkeit und die Versorgungssicherheit die Prioritäten dar (Abbildung 4). Während die Themen bezahlbare Energie und Versorgungssicherheit in allen Gruppen und folglich insgesamt eine hohe Relevanz besitzt (Mittelwerte jeweils mindestens 9,0), sind die Themen Netzausbau, Atomausstieg und Ausbau erneuerbarer Energien von deutlich geringerer Relevanz. Besonders die Schwerpunkte Klimaschutz, Ausbau erneuerbarer Energien und Atomausstieg variieren deutlich innerhalb der einzelnen Gruppen: Am wichtigsten erscheinen diese Punkte den Haushal-

ten, den Unternehmen hingegen sind sie weniger wichtig. Die Prioritäten haben sich gegenüber dem Vorjahr folglich nicht verändert, auch wurden sie im Wesentlichen 2013 nicht stärker gewichtet. Die Ausnahme stellen hier jedoch die eher ökologisch motivierten Aspekte Klimaschutz, Atomausstieg und der Ausbau erneuerbarer Energien dar. Hier kam es gegenüber 2012 zu einer teilweise deutlich schwächeren Gewichtung, besonders der Atomausstieg hat sich in der Gewichtung der Kommunen und Unternehmen deutlich verringert. Bezogen auf den Punkt Klimaschutz kam es sogar zu einer Prioritätenverschiebung nach unten.

#### Welche Schwerpunkte sind Ihnen im Rahmen der Energiewende wichtig?

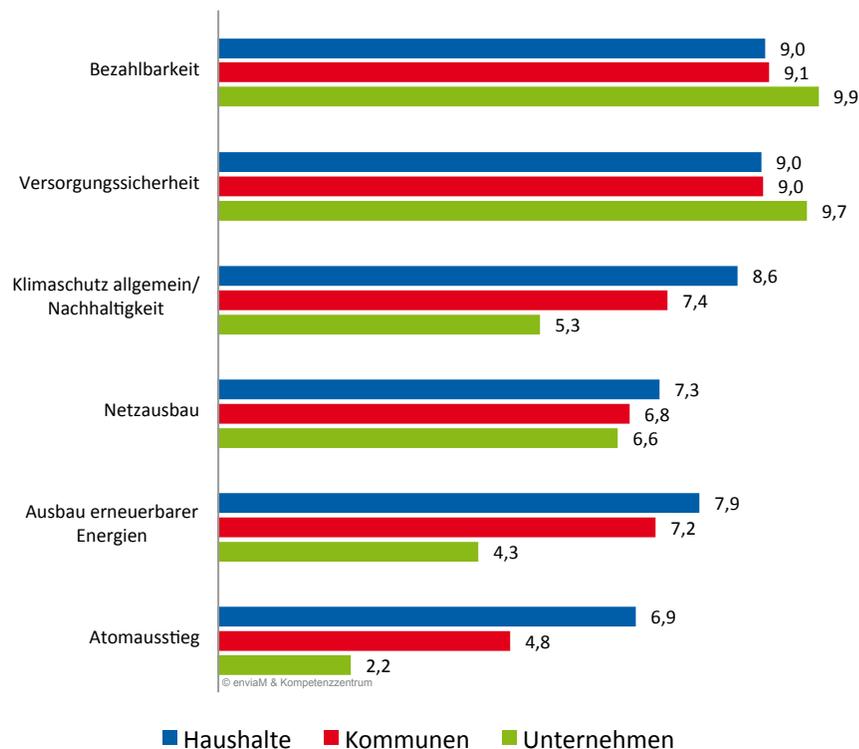


Abbildung 4: Relevante Schwerpunkte der Energiewende  
Bewertung von 0=unwichtig bis 10=sehr wichtig.

Alle befragten Gruppen halten es für wahrscheinlich, dass im Zuge der Energiewende die Strompreise erheblich steigen werden und es zu massiven Veränderungen im Landschaftsbild kommt. Gesellschaftspolitisch alarmierend ist die Aussage aller drei Gruppen, dass die Energiekosten nicht mehr für alle bezahlbar sein werden (Abbildung 5). In

diesem Kontext gehen vor allem die Unternehmen davon aus, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland durch die energiepolitischen Maßnahmen geschwächt wird.

### Für wie wahrscheinlich halten Sie die folgenden Ereignisse?

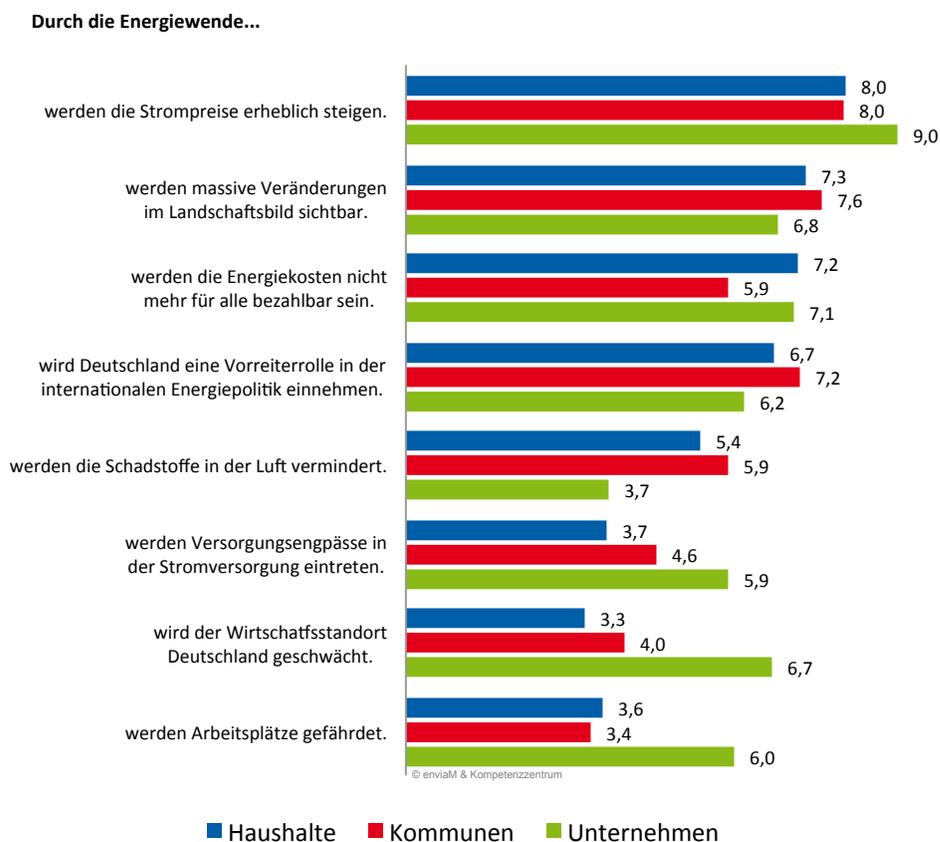


Abbildung 5: Mit der Energiewende verbundene Folgeerscheinungen  
Bewertung von 0=unwahrscheinlich bis 10=sehr wahrscheinlich.

Auf die Frage, ob die Versorgungssicherheit unter dem Ausbau erneuerbarer Energien leidet, gaben die Gruppen unterschiedlichen Einschätzungen ab. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist vor allem ein Thema für die Unternehmen. Während Haushalte nicht davon ausgehen, dass es im Rahmen der Energiewende zu Beeinträchtigungen der Versorgungssicherheit kommt bzw. diese sogar deutlich positiver als 2012 sehen (etwa drei Viertel 2013 ggü. etwa zwei Drittel 2012), erwarten die Unternehmen hier Friktionen (Abbildung 6). Dennoch verbesserte sich deren Einschätzung hierzu leicht: Sahen 2012 noch 74 % der Unternehmen die Ver-

sorgungssicherheit kritisch, sind es 2013 mit 70 % weniger Unternehmen. Als Grund geben sie in erster Linie den schleppenden Netzausbau und Netzüberlastungen an. Haushalte sehen demgegenüber in erster Linie fehlende Energiespeichermöglichkeiten als Hauptgrund für eine eingeschränkte Versorgungssicherheit.

**Erwarten Sie, dass die Versorgungssicherheit unter dem Ausbau der erneuerbaren Energien leiden wird?**

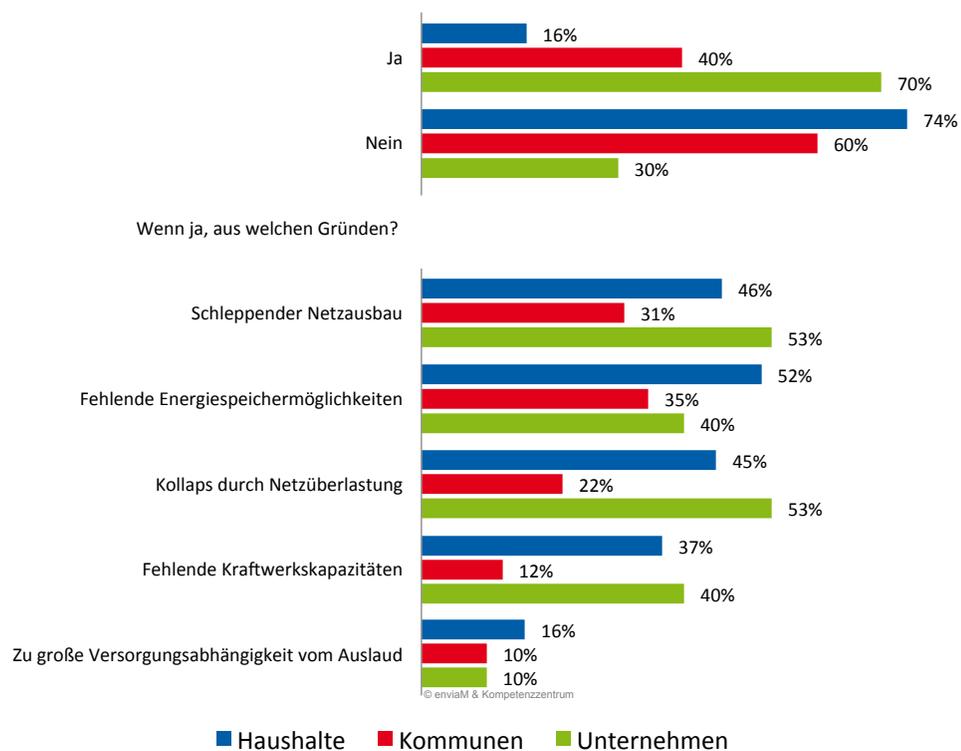


Abbildung 6: Beeinflussung der Versorgungssicherheit  
Mehrfachnennung möglich.

Dass die Strompreise im Zuge der Energiewende steigen werden, ist über alle Gruppen hinweg Konsens. Den Grund dafür sehen die befragten Gruppen unterschiedlich. Für Haushalte und Kommunen lassen sich erhöhte Strompreise vor allem auf das Gewinnstreben der Energieversorger zurückführen. Unternehmen – und mit Abstrichen auch Kommu-

nen – sehen hingegen verstärkt Abgaben, Umlagen und Steuern staatlicherseits preistreibend. Alle Gruppen sind der Meinung, dass auch der Netzausbau für hohe Energiepreise verantwortlich ist (Abbildung 7).

### Warum, glauben Sie, steigen die Strompreise?

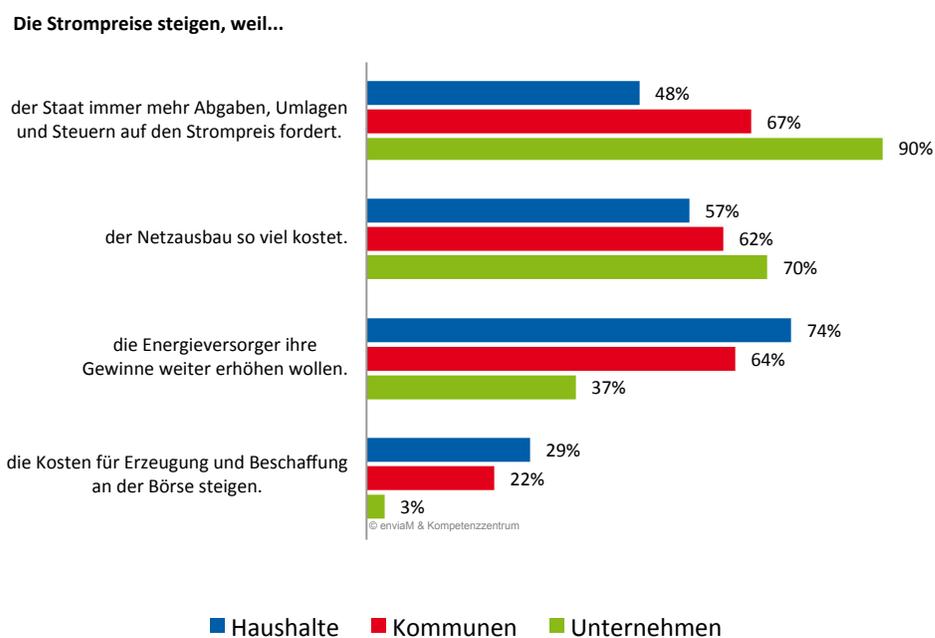


Abbildung 7: Gründe für den Strompreisanstieg  
Mehrfachnennung möglich.

In 2013 lag der Anteil der Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis für Haushalte bei rund 50 %. Wir wollten von den Befragten wissen, wie sie selbst diese Fakten einschätzen. Die Kommunen zeichneten dabei das realistischste Bild (56 % lagen in der „richtigen“ Kategorie von 30% bis 50 %). Die Haushalte hingegen unterschätzen den Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen; nur 43 % lagen richtig. Überschätzt wurde der Anteil hingegen kaum. Mithin begründet dies folglich die Einschätzung der Haushalte, dass die Stromversorger die Hauptverantwortlichen der steigenden Strompreise sind. Dies steht jedoch der Aussage entgegen,

dass über 80 % der Haushalte angaben zu wissen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netzausbau durch den Strompreis mitfinanziert werden. Jedoch kann hier auch ein mangelndes Wissen über die tatsächliche Höhe der Netzausbaukosten und der Höhe der Steuern, Abgaben und Umlagen das Bild der Kostenzusammensetzung deutlich verzerren.

#### Welchen Anteil am Strompreis halten Ihrer Einschätzung nach derzeit die staatlichen Abgaben, Umlagen und Steuern?

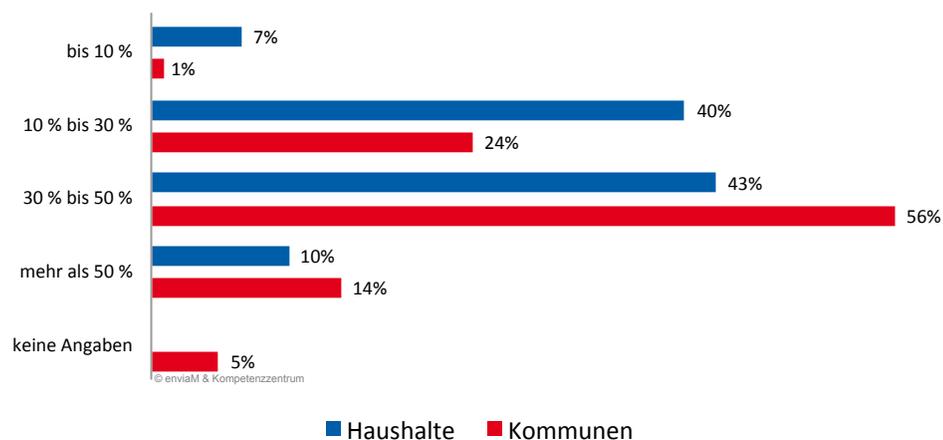


Abbildung 8: Zusammensetzung des Strompreises - Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen



## 2.2 Haushalte:

**„Energiewende ja, aber es darf nicht mehr teurer werden.“**

Die Bezahlbarkeit der Energiewende steht für die privaten Haushalte im Vordergrund. Mittlerweile scheint hier eine Akzeptanzschwelle erreicht. Mehr als die Hälfte der Befragten lehnt weitere Strompreiserhöhungen in diesem Zusammenhang ab. Die Mehrzahl will künftig Strom einsparen oder effizientere Haushaltsgeräte anschaffen.

Während sich gegenüber 2012 die Akzeptanz der Energiewende (und speziell bei den Unternehmen mit einer Zunahme um 10 %) erhöht hat, verringerte sich die positive Einstellung der Bürger zur Energiewende um fünf Prozentpunkte. Wenngleich noch immer 76 % der Bürger die Energiewende befürworten (2012: 81 %), so sehen insbesondere Bürger mit geringerem Einkommen die Energiewende aktuell deutlich skeptischer. Seitens der Bürger wird die Energiewende immer deutlicher mit einem Preisanstieg in Verbindung gesetzt: Assoziierten 2012 nur etwa 10 % der Bürger die Energiewende mit steigenden Energiekosten, sind es 2013 bereits 37 %. Daher verwundert nicht, dass den Bürgern insbesondere die Bezahlbarkeit und die Versorgungssicherheit am wichtigsten sind (vgl. Abbildung 4).

Sofern für eine weitere Finanzierung der Energiewende eine Erhöhung des Strompreises erforderlich wäre, ist dies für 51 % der Bürger nicht akzeptabel (vgl. Abbildung 9). Dabei vertreten insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen (Nichterwerbstätige und Rentner) diese Position. Erstaunlich ist, dass gut 63 % der Schüler bzw. Auszubildenden bereit sind, zur Finanzierung der Energiewende höhere Strompreise zu zahlen (vgl. Abbildung 10).<sup>2</sup> Immerhin noch gut ein Drittel der Bürger (34 %) würden eine Strompreiserhöhung von bis zu 50 Euro akzeptieren, 11 % noch eine bis zu 100 Euro und 4 % sogar bis 150 Euro. Auch hier zeichnet sich die Gruppe der Schüler und Auszubildenden durch eine überdurchschnittliche Zahlungsbereitschaft aus.

### Welche Erhöhung Ihres jährlichen Strompreises wäre für Sie zum Erreichen der Energiewende gerade noch akzeptabel?

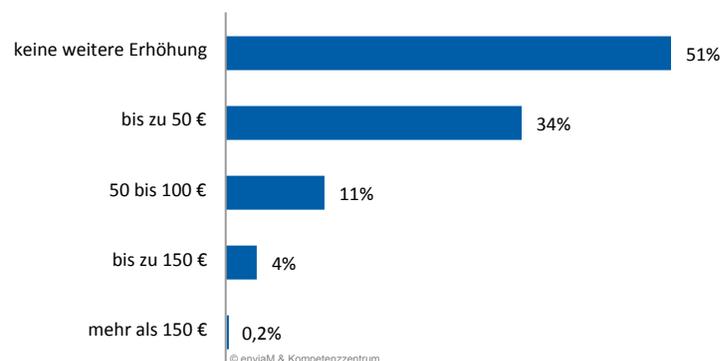


Abbildung 9: Haushalte: Akzeptanz weiterer Strompreiserhöhungen

<sup>2</sup> Mithin sind jedoch die Motive bzw. sozio-ökonomischen Hintergründe dieser Gruppe nicht bekannt. Möglicherweise zeigt sich, dass das Thema Energiewende mit den notwendigen Kosten und der gesellschaftlichen Beteiligung an diesen besonders bei den jüngeren Altersgruppen auf große Akzeptanz stößt. Hierauf deutet auch, dass die Gruppe der Schüler/Auszubildenden tendenziell bereit sind, die höchsten Kostensteigerungen hinzunehmen (deren Anteil ist noch höher als der der Altersgruppe 18 bis 39 Jahre).

**Welche Erhöhungen Ihres jährlichen Strompreises wäre für Sie zum Erreichen der Energiewende gerade noch akzeptabel?**

**In Verbindung mit der Frage: Welchen beruflichen Status haben Sie gerade?**

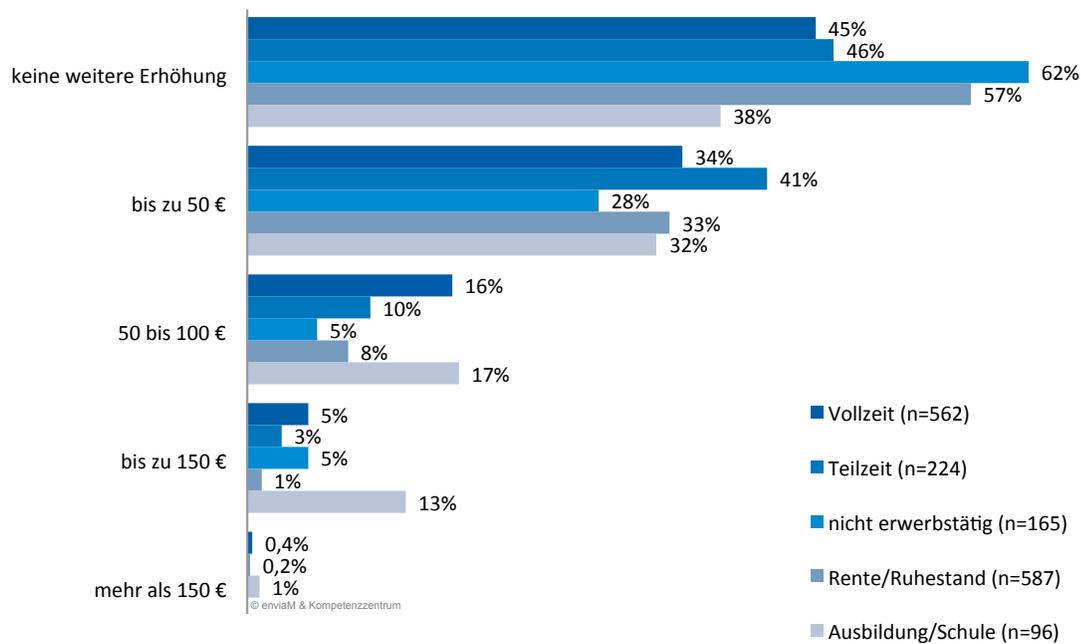


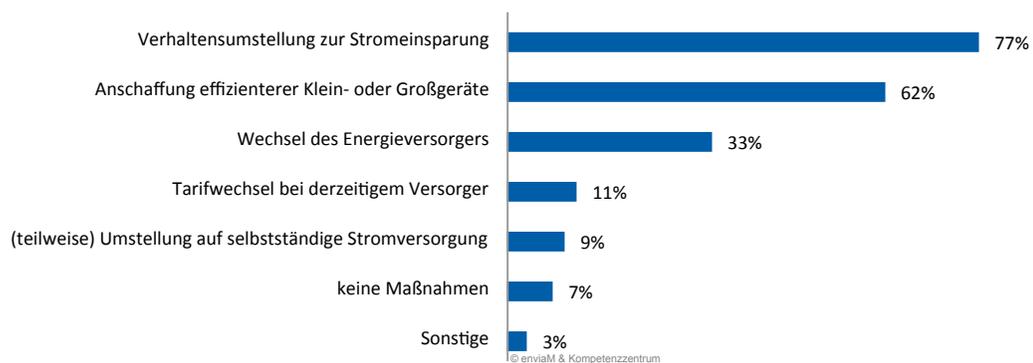
Abbildung 10: Haushalte: Akzeptanz weiterer Strompreiserhöhungen nach Beschäftigungsgrad

Die Bürger verfolgen verschiedene Strategien bzw. Maßnahmen, um dem Kostenanstieg entgegenzuwirken. Eine Option leitet sich dabei aus den Einschätzungen der Bürger zum Gelingen der Energiewende ab: Hier sahen die Mehrzahl der Bürger (86 %, vgl. Abbildung 2) u. a. die Notwendigkeit, den Energieverbrauch zu senken. Vielfach soll dies durch eine Verhaltensumstellung (77 %, vgl. Abbildung 12) oder die Anschaffung effizienterer Haushaltsgeräte (62 %) erfolgen, wobei letztgenannte Option besonders häufig bei Haushalten mit einem höheren Einkommen genannt wird. Auch nennenswert ist die Strategie des Tarifwechsels (insge-

samt 44 %), wobei 33 % der Bürger einen Anbieterwechsel vollziehen würden und nur 11 % einen Tarifwechsel beim derzeitigen Versorger. Mitunter deutet dies auf die Unkenntnis über oder die Unübersichtlichkeit von Tarifangeboten der einzelnen Energieversorger hin. Eine (teilweise) Umstellung auf eine autarke Stromversorgung stellt nur für wenige Bürger eine Option dar (9 %). Nur 7 % wollen keine Maßnahmen ergreifen.

---

**Welche der folgenden Maßnahmen werden Sie persönlich aufgrund der steigenden Strompreise ergreifen, bzw. haben Sie bereits ergriffen?**




---

Abbildung 12: Maßnahmen zur Kompensation steigender Strompreise  
Mehrfachnennung möglich.

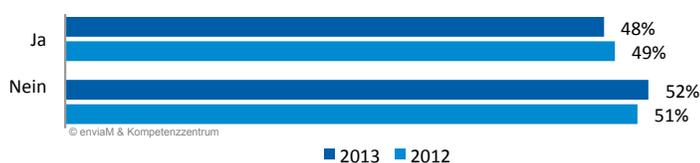
Ein weiterer wichtiger Faktor bildet für die Bürger die Versorgungssicherheit (vgl. Abbildung 4). Wenngleich mit der Energiewende gegenwärtig keine Versorgungsengpässe verbunden werden (nur 1 % der befragten Haushalte assoziieren mit ihr Versorgungsengpässe), so erachten 85 % der Haushalte für das Gelingen der Energiewende und die zukünftige Gewährleistung der Versorgungssicherheit einen weiteren Netzausbau für erforderlich (vgl. Abbildung 2). Sollte dieser nicht entsprechend vorangetrieben werden, könnte es nach Einschätzung der Bürger infolge dessen und einer daraus resultierenden Netzüberlastung zukünftig zu einer Verringerung der Versorgungssicherheit kommen.

Auch mangelnde Speichermöglichkeiten für Energie könnten nach Meinung der Bürger zukünftig die Versorgungssicherheit negativ beeinflussen (vgl. Abbildung 6).

Trotz der deutlichen Befürwortung der Energiewende und der Anerkennung des damit verbundenen weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie der Netze werden Veränderungen des Landschaftsbildes im eigenen Umfeld tendenziell nicht akzeptiert (52 %) bzw. ist die Einstellung hierzu noch immer zweigeteilt. Es ist zu konstatieren, dass hier die Akzeptanz gegenüber 2012 minimal gesunken ist (vgl. Abbildung 13).

---

**Durch den Ausbau erneuerbarer Energien kommt es zu Veränderungen im Landschaftsbild. Sind solche Veränderungen für Sie auch dann akzeptabel, wenn diese in Ihrem unmittelbaren Umfeld stattfinden?**




---

Abbildung 13: Akzeptanz der Veränderung des Landschaftsbildes.



## 2.3 Kommunen:

„Energiewende ja, wenn sie bezahlbar bleibt. Aber wir müssen auch selber aktiv werden.“

Für Kommunen stehen die Kosten der Energiewende im Fokus. Ihnen ist eine gleichmäßige Verteilung der Lasten wichtig. Intelligente Technologien und eigene Energiekonzepte nehmen an Bedeutung stark zu. Für das Gelingen der Energiewende sehen sie einen weiteren Netzausbau und die bessere Verzahnung der verschiedenen politischen Konzepte als essenziell an.

Neben der Befragung zur Akzeptanz der Energiewende wurde bei der Kommunalbefragung erneut ein thematischer Schwerpunkt gesetzt. Der Fokus richtete sich in dieser Studie auf die Fragestellung der Auswirkung der Energiewende auf die Strompreisentwicklung.

Dass besonders Fragen der finanziellen Auswirkungen der Energiewende die Kommunen gegenwärtig am intensivsten beschäftigen, zeigt sich bereits bzgl. der allgemeinen Fragen zur Energiewende: So verbinden 60 % der Kommunen die Energiewende mit einem Anstieg der Stromkosten (vgl. Abbildung 3). Neu gegenüber dem Vorjahr ist, dass im Rahmen der Energiewende nun deren Bezahlbarkeit an erster Stelle steht (vgl. Abbildung 4). Die anderen Prioritäten haben sich gegenüber 2012 nicht verändert.

Desweiteren ist den Kommunen eine gleichmäßige Verteilung der Kosten der Energiewende wichtig. Gefragt nach der Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage und den Netzentgelten, empfinden fast drei Viertel der Kommunen eine übermäßige Entlastung als falsch (73 %). Dennoch sind auch Kommunen bereit, ihren finanziellen Anteil zur Umsetzung einer Energieversorgung vorrangig aus erneuerbaren Energien beizutragen: Zwei Drittel der Kommunen akzeptieren grundsätzlich eine Erhöhung der Strompreise, jedoch in unterschiedlichem Maße (vgl. Abbildung 15): Die relative Mehrheit dieser Kommunen (47 %) findet eine Preiserhöhung um mehr als 10 % als nicht akzeptabel.

#### Welche Erhöhung der Strompreise wäre für Sie im Zuge der Energiewende gerade noch akzeptabel?

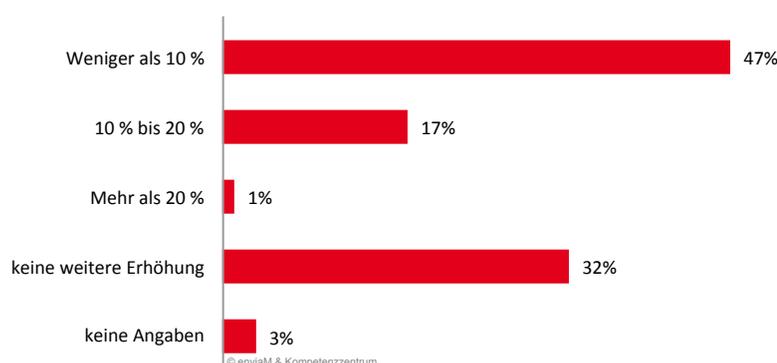


Abbildung 15: Kommunen: Akzeptanz von Strompreiserhöhungen  
Erhöhung in % pro Jahr zum Stand Januar 2013.

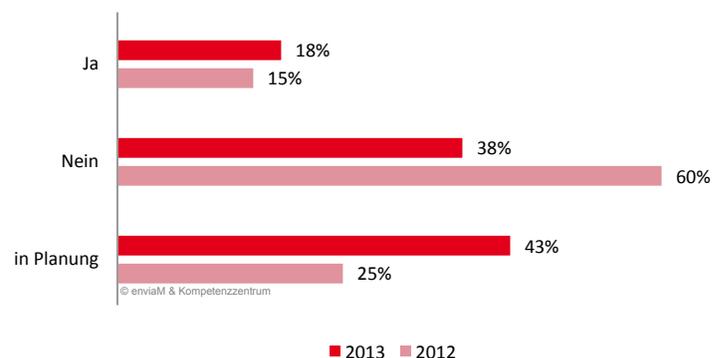
Mithin ist die Bereitschaft, einen höheren Strompreis zu bezahlen, in der Einschätzung zu Erfordernissen für das Gelingen der Energiewende und zu den Ursachen der Strompreiserhöhung begründet. Befragt zu erstgenanntem Aspekt sehen die Kommunen als größte Herausforderung den Netzausbau (75 %; vgl. Abbildung 2), gefolgt von einer Verzahnung der unterschiedlichen politischen Konzepte und der Senkung des Energieverbrauchs (jeweils 71 %).

Dem Kostenaspekt und auch der Sicherung der Stromversorgung begegnen die Kommunen mit kommunalen Energiekonzepten und dem Einsatz von intelligenten Technologien. Der Anteil der Kom-

munen, welche ein Energiekonzept besitzen oder in Planung haben, ist gegenüber 2012 deutlich gestiegen. So erhöhte sich die Zahl dieser Kommunen von 40 % im Jahr 2012 auf 61 % im Jahr 2013. Dabei ist der Anteil der Kommunen, die bereits über ein solches Konzept verfügen, nur leicht gestiegen (18 %, + 3 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 16). Jedoch nahm der Anteil der Kommunen, welche in der Planung entsprechender Konzepte stehen, deutlich zu: planten 2012 noch 25 % der Kommunen ein entsprechendes Konzept, sind es aktuell 43 %. Folglich befassen sich die Kommunen immer stärker mit Maßnahmen zur Energieeinsparung und der Energieversorgung.

---

### Benutzen Sie ein dokumentiertes mittel- bzw. langfristig ausgerichtetes Energiekonzept für Ihre Kommune?




---

Abbildung 16: Kommunen: Verbreitung kommunaler Energiekonzepte

Weiterhin bauen immer mehr Kommunen Systeme zur „intelligenten Energieversorgung“ aus. Aktuell nutzen bzw. planen 79 % der Kommunen entsprechende Systeme, was einer leichten Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Deutlich zugenommen hat der Einsatz energieeffizienter Straßenbeleuchtung: Nutzen oder planten diese 2012 etwa 64 % der Kommunen, so erhöhte sich die Anzahl entsprechende Kommunen auf 74 % (vgl. Abbildung 17). Ebenfalls sind bei den Städten und Gemeinden Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien weit verbreitet; derzeit nutzen bzw. planen 57 % der Gemeinden diese Möglichkeit. Auch hier erhöhte sich der Anteil der befragten Kommunen leicht gegenüber dem Vorjahr, befördert durch vorhandene Fördermöglichkeiten<sup>3</sup>. Sehr stark zurückgegangen ist die Nutzung bzw. Nutzungsabsicht von Smart Meter und von Ener-

gie-Contracting-Angeboten. Während der Rückgang bezogen auf Smart Meter ggf. mit den hohen Anschaffungs- oder Umrüstkosten begründet sein könnte, kann die Ursache im Rückgang bezogen auf Contracting-Angebote darin liegen, dass diese derzeit eher für große Gebäudekomplexe von besonderem Interesse sind. Oder es wurde sich verstärkt für die Nutzung von Fördermitteln im Rahmen der und folglich für eine energetische Sanierung entschieden. Daher kommt Contracting hier nicht mehr in Frage.<sup>4</sup>

### Nutzen Sie derzeit oder planen Sie die Nutzung folgender Angebote „intelligenter Energieversorgung“?

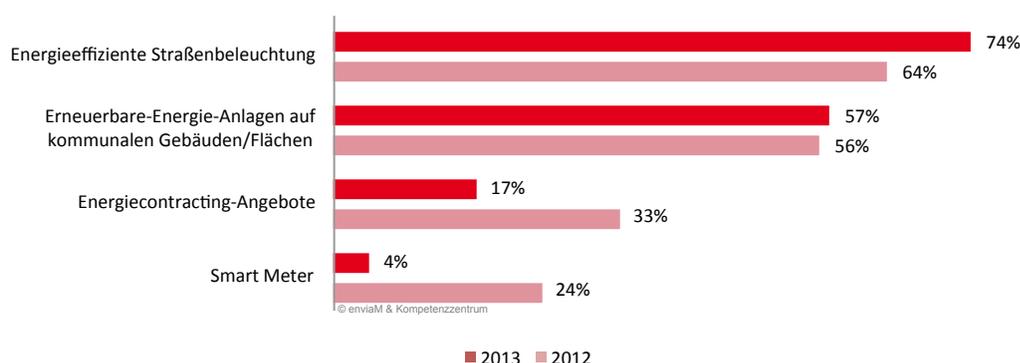


Abbildung 17: Kommunen: Nutzung von Angeboten „intelligenter Energieversorgung“  
Mehrfachnennung möglich.

<sup>3</sup> Bspw. KfW-Energieeffizienzprogramm.

<sup>4</sup> Nach aktuellem Rechtsstand sind Kommunen/Behörden verpflichtet im Rahmen von Neubau oder Sanierung die entsprechenden Energieeffizienzrichtlinien anzuwenden. Insofern nehmen sie eine „gesetzlich verpflichtete Vorreiterrolle“ ein. Dies ist zugleich Zugangsvoraussetzung für die Inanspruchnahme von Fördermitteln.

Zu den visuellen Folgen der Energiewende, der Veränderung des Landschaftsbildes, wurden die Kommunen in der vorliegenden Studie erstmals befragt. Es zeigt sich, dass die große Mehrheit der Kommunen (57 %) durchaus bereit ist, Veränderungen im Landschaftsbild zu akzeptieren. Nur gut ein Viertel (23 %) spricht sich dagegen aus. Jedoch zeigte sich in der Befragung 2012, dass die Kommunen selber eher punktuelle Anlagen (Einzel-Solaranlagen auf kommunalen Gebäuden) installieren würden als solche, welche einen großen Einfluss auf das Landschaftsbild hätten (Wind- oder Solarparks). Denn hier sehen sie durchaus Akzeptanzprobleme bei den Bürgern. Zudem sind entsprechende Anlagen mit relativ hohen Investitionskosten verbunden und unter Beachtung der Situation der Kommunalfinanzen durch die Kommune unter Umständen allein nicht finanzierbar.



## 2.4 Unternehmen:

„Energiewende nicht um jeden Preis – notfalls werden wir energieautark.“

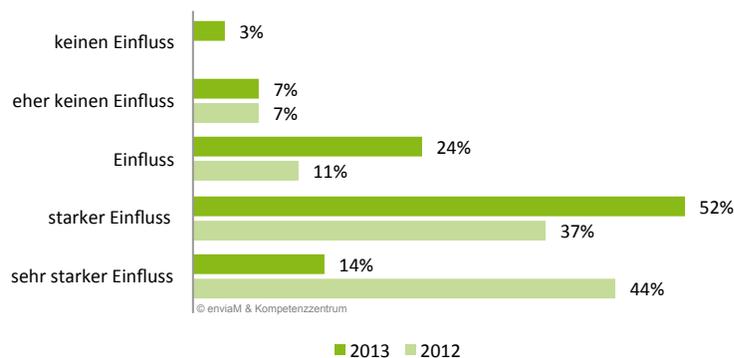
Preisentwicklung und Versorgungssicherheit sind die Top-Themen für Unternehmen. Hohe Energiekosten und eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit bereiten ihnen Sorge. Versorgungsengpässe werden weiterhin befürchtet.

Neben dem Einsatz effizienter Technologien streben die Unternehmen ebenso zunehmend autarke Energieversorgungs-Lösungen an.

Die Energiewende übt noch immer einen deutlichen Einfluss auf die Unternehmensprozesse aus (vgl. Abbildung 18). Zwar hat im Mittel die Energiewende nach wie vor einen starken bzw. sehr starken Einfluss, differenziert nach diesem zeigt sich jedoch gegenüber 2012 eine Verringerung (starker + sehr starker Einfluss in 2012 81 % zu 66 % in 2013). Mithin haben die Unternehmen weiterhin Strategien und Maßnahmen initiiert oder umgesetzt, welche kurz- bis mittelfristig die von ihnen an die Energiewende gestellten Anforderungen – Preisstabilität und Versorgungssicherheit (vgl. Abbildung 4) – sicherstellen.

---

**Wie stark ist der Einfluss (der Auswirkungen) der Energiewende auf Ihre Unternehmensprozesse?**




---

Abbildung 18: Unternehmen: Einfluss der Energiewende auf die Unternehmensprozesse 2013 ggü. 2012

Ein Grund für den als geringer empfundenen Einfluss der Energiewende auf die Unternehmensprozesse kann möglicherweise im Bestreben einer zunehmenden Eigenversorgung mit Energie gesehen werden. Etwas weniger als zwei Drittel der Unternehmen decken ihren Strombedarf durch Fremdbezug von Dritten, etwa 13 % durch Eigenversorgung (Abbildung 19). Bezogen auf eine kombinierte Versorgung, welche in 27 % der Unternehmen die

Energieversorgung darstellt, erzeugen die Hälfte der Unternehmen 50 % oder mehr ihres benötigten Stroms selbst. Gegenüber 2012 ist folglich der Anteil des selbst erzeugten Stroms deutlich gestiegen, was als Strategie zur Sicherstellung der Energieversorgung und Strompreisstabilität gedeutet werden kann.

#### Wie ist derzeit der Strombezug in Ihrem Unternehmen ausgestaltet?

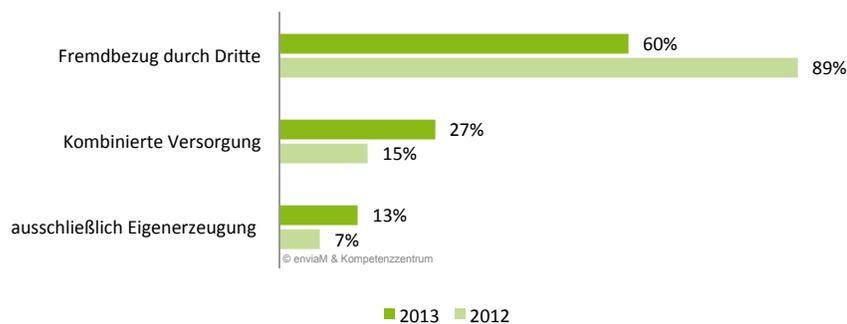
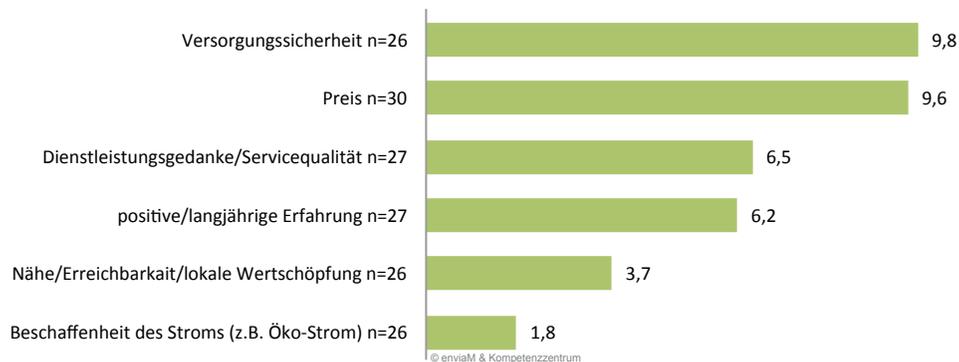


Abbildung 19: Unternehmen: Struktur des Strombezugs der Unternehmen

Die Versorgungs- und Preissicherheit von Energie sind folglich auch die zentralen Elemente, welche die Unternehmen von ihren Energieversorgern einfordern (Abbildung 20). Ferner spielen für die Wahl des Energieversorgers die Servicequalität und die langjährige und positive Beziehung eine Rolle. Untergeordneter Natur ist für die Unternehmen die Beschaffenheit des Stroms, d. h. die Entscheidung, aus welchen Quellen der Strom gewonnen wurde.

---

#### Welche Kriterien spielen im Rahmen der Auswahl des Energieversorgers eine Rolle?



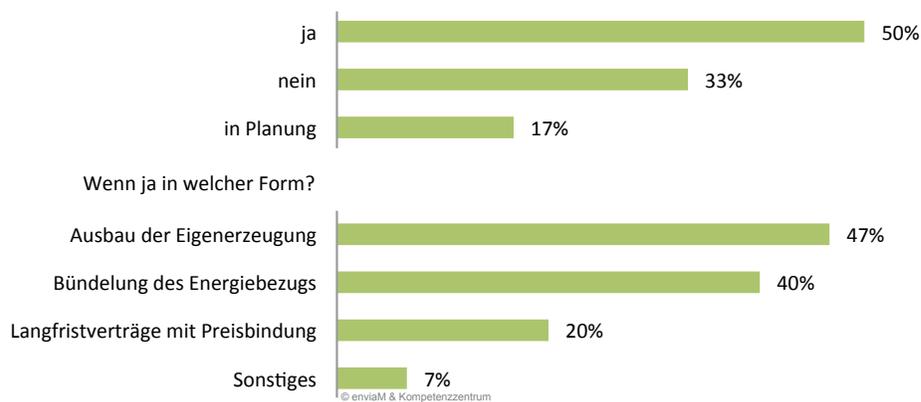
---

Abbildung 20: Unternehmen: Kriterien zur Auswahl des Energieversorgers

Der genannte noch immer hohe Einfluss der Energiewende auf die Unternehmen wird auch dadurch evident, dass 50 % der Unternehmen im Zuge der Energiewende Anpassungen im Strom- und Gasbezug planen (Abbildung 21). Diese Anpassungen erstrecken sich über eine verstärkte Eigenerzeugung, die Bündelung des Energiebezugs sowie Langfristverträge mit Preisbindung.

---

**Planen Sie im Rahmen der Energiewende, Ihr Einkaufsverhalten bzgl. des Strom-/Gasbezugs anzupassen?**




---

Abbildung 21: Unternehmen: Beabsichtigte Veränderungen des Strom-/ Gasbezugs  
Mehrfachnennungen möglich

Aufgrund der Energieintensität nutzen 87 % der befragten Unternehmen gesetzliche Entlastungen (EEG, Stromsteuer, Netzentgelte). Allerdings sind 60 % der Unternehmen der Meinung, dass diese Entlastungsoptionen nicht ausreichen. Daher setzen die Unternehmen auf diverse Strategien, um insbesondere dem empfundenen Kostendruck infolge der Energiewende entgegenzuwirken (Abbildung 22). Die auch mit der Energiestrategie des Bundes verfolgte Steigerung der Energieeffizienz sehen die Unternehmen als wesentliche Maßnahme zur Senkung des Energieverbrauchs und folglich zur Kostensenkung: Der Einsatz effizienterer Technologien hat den höchsten Stellenwert bei den Unternehmen (Mittelwert 7,3), wobei hier nicht differenziert werden kann zwischen Energieeffizienz

oder Produktionseffizienz. Aber auch Energieeinsparungen allgemein werden auch noch in größerem Maße avisiert (Mittelwert 5,6), wobei aus den Ergebnissen abgeleitet werden kann, dass infolge der Nähe dieses Wertes zum Skalenmittelwert (5,0) keine großen Energieeinsparpotenziale gehoben werden können, zumindest nicht in Bezug auf Elektroenergie. Eher unwahrscheinlich sind hingegen ein Stellenabbau (Mittelwert 3,4) und eine Auslagerung von Geschäftssegmenten (Mittelwert 3,4). Entgegen den von den Unternehmen geäußerten hohen Bedenken der Schwächung des Wirtschaftsstandortes Deutschland (vgl. Abbildung 5) spielen Abwanderungen von Unternehmensteilen in das Ausland derzeit eine eher untergeordnete Rolle (Mittelwert 4,4).

### Für wie wahrscheinlich halten Sie die folgenden Ereignisse?

#### Durch die Energiewende kommt es im Unternehmen...

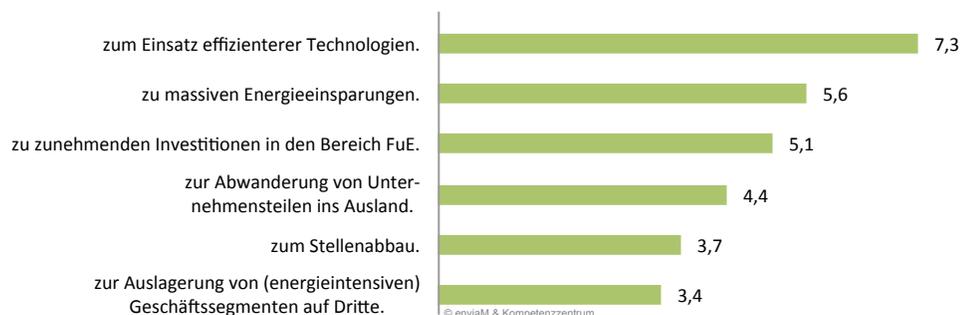


Abbildung 22: Unternehmen: Veränderungen in Folge der Energiewende im Unternehmen  
Bewertung von 0=unwahrscheinlich bis 10=sehr wahrscheinlich.

### 3. Fazit

Die aktuellen Diskussionen zur Energiewende – Kostenbelastung, Förderung erneuerbarer Energien und Versorgungssicherheit – zeigen weiterhin die hohe gesellschaftliche Relevanz. Besonders vor dem Hintergrund der Kosten der Energiewende und den noch immer großen Einkommensunterschieden zwischen West- und Ostdeutschland widmete sich die Studie *Energiewelt Ost 2013* speziell der Fragestellung der Kosten- und Preisentwicklung. Dabei wurden erneut die relevanten Akteursgruppen in den neuen Ländern befragt.

In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Energiewende weiterhin bei Kommunen und Bürgern auf breite Akzeptanz stößt, wenngleich diese bei den Bürgern gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig ist. Hingegen steigt sie leicht bei den energieintensiven Unternehmen, dennoch stehen sie der Energiewende weiterhin skeptisch gegenüber. Ob dies bereits ein Trend wird, kann aufgrund des Vergleichs zweier Jahre (noch) nicht gesagt werden.

Deutlich in den Vordergrund getreten ist die Frage der Kosten und der gerechten Lastenverteilung der Energiewende. Alle drei Akteursgruppen begegnen den Kosten mit weiteren Energieeffizienz- und Energieeinsparmaßnahmen bzw. wollen entsprechende Maßnahmen durchführen. Die Unternehmen steigen zudem vermehrt in die (anteilige) Eigenenerzeugung ein.

Dennoch zeigt sich, dass insbesondere die Kommunen weiterhin bereit sind, zum Gelingen der Energiewende auch ihren finanziellen Beitrag im Rahmen höherer Strompreise zu leisten. Mehr als die Hälfte der Bürger (51 %) sind nicht bereit, mehr

zu zahlen. Es zeichnet sich hier bereits eine Grenze der Belastungsfähigkeit ab. Denn zugleich sehen insbesondere die Bürger, aber auch die Unternehmen, die Gefahr, dass die Energiekosten zukünftig nicht mehr für alle Verbraucher bezahlbar sein werden.

Schließlich verliert auch das Thema Versorgungssicherheit nicht an Relevanz. Nach den Kosten steht diese an zweiter Stelle. Höchste Priorität wird dabei dem weiteren Netzausbau zugesprochen, gefolgt von der Abstimmung der verschiedenen politischen Konzepte und Ressorts und der weiteren Senkung des Energieverbrauchs. Insbesondere die Unternehmen sehen die Versorgungssicherheit durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien gefährdet, maßgeblich durch den nur schleppenden Netzausbau und der damit verbundenen steigenden Gefahr der Netzüberlastung.

# Impressum

UNIVERSITÄT LEIPZIG



Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,  
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.  
an der Universität Leipzig  
Neues Augusteum  
Augustusplatz 10  
04109 Leipzig

Dr. Oliver Rottmann  
Geschäftsführender Vorstand  
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,  
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.

Telefon: +49 341 973-3583  
Telefax: +49 341 973-3589  
E-Mail: [rottmann@wifa.uni-leipzig.de](mailto:rottmann@wifa.uni-leipzig.de)  
Internet: [www.wifa.uni-leipzig.de/  
kompetenzzentrum](http://www.wifa.uni-leipzig.de/kompetenzzentrum)

Projektleitung:  
Dr. Oliver Rottmann,  
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,  
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.

Datenerhebung:  
Romy Albrecht,  
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,  
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.

Bildnachweis:  
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.

Pressefoto Herr Giesting:	Anke Jacob
Ergebnisse:	Blackosaka - Fotolia.com
Haushalte:	Neustockimages - istockphotos.com
Kommunen:	Michael Setzpfand
Unternehmen:	Hal Bergman - istockphotos.com



VORWEG GEHEN

**envia** Mitteldeutsche Energie AG  
Chemnitztalstraße 13  
09114 Chemnitz

Sven Schulze  
Leiter Unternehmenskommunikation/  
Umfeldmanagement

Telefon: +49 371 482-2051  
Telefax: +49 371 482-2055  
E-Mail: [sven.schulze@enviaM.de](mailto:sven.schulze@enviaM.de)  
Internet: [www.enviaM.de](http://www.enviaM.de)

Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernehmen die Herausgeber keine Gewähr. Alle Rechte vorbehalten, auch die der fotomechanischen Wiedergabe und Speicherung in elektronischen Medien.



Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,  
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.  
an der Universität Leipzig

Neues Augusteum  
Augustusplatz 10  
04109 Leipzig

© April 2013

**envia** Mitteldeutsche Energie AG  
Chemnitztalstraße 13  
09114 Chemnitz